



**Berlin, 21. September 2022
Nr. 49/2022**

An die Medien in Berlin, Brandenburg und Sachsen

Verhandlungen für Berlin-Brandenburg starten ohne Angebot und ohne Annäherung

Die IG Metall ist heute mit der Forderung nach acht Prozent mehr Geld in die Metall- und Elektro-Tarifrunde für Berlin und Brandenburg gestartet. Die Arbeitgeber legten kein Angebot vor. IG Metall Bezirksleiterin Irene Schulz erklärte: „Die Arbeitgeber können in diesen Zeiten mit extremen Preissteigerungen die Entlastung der Beschäftigten nicht allein dem Staat überlassen. Tarifparteien und Politik müssen zusammenwirken, um den sozialen Zusammenhalt und die Kaufkraft und damit die Konjunktur zu stabilisieren. Ohne einen substantziellen Beitrag der Arbeitgeber wird es nicht gehen.“

Die erste Verhandlungsrunde für die Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg brachte kein Ergebnis und keine Annäherung. „Die Arbeitgeber überbieten sich geradezu darin, die wirtschaftliche Lage schwarz zu malen“, sagte Schulz. „Für Untergangsszenarien gibt es aber keinen Grund. Natürlich sehen wir die Risiken auch für die Unternehmen etwa durch die Gasknappheit und die hohen Energiepreise. Die Wirtschaft insgesamt aber ist stabil. Und sie braucht jetzt dringend eine Stärkung des Konsums durch ordentliche Tarifabschlüsse“, so Schulz.

Die Verhandlungsführerin der IG Metall für Berlin und Brandenburg betonte weiter: „Die hohen Preissteigerungen belasten die Beschäftigten so stark wie seit Jahrzehnten mehr. Viele wissen nicht mehr, wie sie im Winter ihre Rechnungen bezahlen sollen. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen jetzt eine klare Perspektive für einen Tarifabschluss, der ihre Kaufkraft stärkt. Wir haben immer gesagt: Die Tarifpolitik kann die Belastungen durch eine so hohe Inflation wie derzeit nicht alleine ausgleichen. Auch der Staat muss die Beschäftigten unterstützen. Einiges ist bereits erreicht. Die Politik hat größere Entlastungen auf den Weg gebracht und wichtige Vorschläge der IG Metall umgesetzt. Die IG Metall setzt sich mit Nachdruck für Nachbesserungen am dritten Entlastungspaket ein, etwa durch einen Gaspreisdeckel. Aber auch der Staat kann dem rasanten Verlust an Kaufkraft nicht alleine entgegenwirken. Auch die Arbeitgeber sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen.“

Die IG Metall fordert für die rund 100.000 Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um acht Prozent. Die nächste Verhandlungsrunde für Berlin und Brandenburg ist für den 6. Oktober angesetzt.

**IG Metall
Bezirk Berlin-
Brandenburg-
Sachsen**

PRESSEMITTEILUNG



Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82